



Claus Schaffer zur Boostedter Einwohnerversammlung mit Innenminister Hans-Joachim Grote:

„Wenn Politik auf Realität trifft – Innenminister Grote auf Beschwichtigungstour in Boostedt“

Kiel, 20. September 2018 **Auf einer Einwohnerversammlung, die gestern auf Einladung des Bürgermeisters Hartmut König (CDU) in einer Sporthalle in Boostedt zum Thema Landesunterkunft stattfand, stellten Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) und Innenstaatssekretär Torsten Geerds vor rund 500 Bürgern ihre Einschätzung der Lage vor. Claus Schaffer, innen- und rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, der an der Veranstaltung als Besucher teilnahm, erklärt dazu:**

„Die Einwohnerversammlung hat gezeigt, dass die Bürger in Boostedt die Asylpolitik der Landesregierung mehrheitlich nicht mehr mittragen. Kein Wunder, denn die Folgen der von Jamaika betriebenen Einwanderung über das Asylrecht kommen in Boostedt direkt und ungefiltert an. Insbesondere, dass Jamaika Ausreisepflichtige nicht schnell und konsequent abschiebt, haben die Boostedter täglich auszubaden.

Deshalb verfangen gestern auch die Versuche von Innenminister Grote und Innenstaatssekretär Geerds nicht, die Probleme in Boostedt weiter kleinzureden und ansonsten auf bessere Zeiten zu vertrösten – zumal die erst kommen sollen, wenn die Zahl der Erstaufnahmebewohner bis Ende 2019 auf 500 (bis maximal 700) reduziert sein soll.

Das Misstrauen, dass die Boostedter gegenüber Jamaika mittlerweile an den Tag legen, zeigte sich gestern vor allem darin, dass sie in der Versammlung wiederholt forderten, dass sich die Landesregierung zur Dauer des Betriebs der Landesunterkunft und zu den verringerten Bewohnerzahlen in einem Vertrag verpflichtet – zu Recht. Denn der Satz, mit dem Torsten Geerds auf die Forderung nach schnellen Abschiebungen reagierte, brachte das ganze Elend der jamaikanischen Migrationspolitik auf den Punkt: ‚Da sind wir nicht so dolle davor!‘.



Weitere Informationen:

- **KN-Artikel** „König fordert weitere Landesunterkunft “ vom 19. September 2018:
<http://www.kn-online.de/Nachrichten/Schleswig-Holstein/Koenig-fordert-weitere-Landesunterkunft>